



Auswertung „Frage des Monats“

Im Mai 2012 haben wir, die Bistumsstelle Münster von pax christi, einen politischen Dialog gestartet. Als Mitträgerin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ haben wir jeden Monat Münsteraner Politikern der im Bundestag vertretenen Parteien jeweils eine Frage zum Rüstungsexport gestellt. Die Antworten wurden auf unserer Homepage und auf der Internetseite der Kampagne unter „Termine + Aktionen“ veröffentlicht, wo sie auch jetzt noch nachzulesen sind.

Rechtzeitig vor der Bundestagswahl haben wir die zentralen Aussagen der Parteipolitiker nochmals in einer Übersicht zusammengestellt, um den Vergleich der Positionen zu erleichtern (siehe unten).

Eine direkte Wahlempfehlung geben wir nicht. Die Argumente der Kampagne gegen Rüstungsexport finden sich in den Stellungnahmen der Linken am deutlichsten wieder, wobei ihr Vertreter, Benjamin Körner, auf viele Fragen auch gar nicht eingegangen ist und wenig differenziert argumentiert hat. (Er sah sich wohl „unter Freunden“.) Die Piraten haben auf die Beteiligungsmöglichkeiten bei ihrer politischen Willensbildung verwiesen, aber noch gar keine eigene Position vertreten. Die FDP hat sich überhaupt nicht beteiligt. Zwischen der SPD und den Grünen haben wir kaum Unterschiede ausgemacht und viel Zustimmung zu unseren Forderungen entdeckt.

Wenn es eine deutliche Wendung hin zu einer restriktiveren Rüstungsexportpraxis gegeben hat, dann bei dem Vertreter der CDU. Marc Würfel-Elberg, der „treueste Antworter“ auf unsere Fragen, hat verschiedene politische Ansätze formuliert, über die wir uns freuen könnten, wenn die Regierungspartei sie in ihr Programm übernehmen würde, was freilich fraglich ist: die Forderung nach Transparenz und parlamentarischer Kontrolle, nach Orientierung an den Menschenrechten und die Absage an Waffenlieferungen in Krisenregionen, z. B. Saudi-Arabien.

Das größte Echo in der politischen Diskussion konnten wir hervorrufen, wenn unsere „Frage des Monats“ in lokalen Veranstaltungen zum Thema Rüstungsexport aufgegriffen wurde, so beispielweise in Coesfeld und Vreden.

Aufwand und Ergebnisse der Aktion waren für uns auf jeden Fall akzeptabel. Wir haben mit kurzen Tagesordnungspunkten bei unseren Sitzungen und wenigen „Mausklicks“ relativ viele Interessierte erreicht – hoffentlich!

Veronika Hüning, pax christi im Bistum Münster

Die ausführlichen Fragen und Antworten finden Sie unter: <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Frage-des-Monats.328.0.html>

Mai 2012: Deutschland steht an dritter Stelle der Rüstungsexporteure weltweit und ist Europameister im Waffenhandel.

Wie bewerten Sie die Entwicklung?

CDU	Grüne	LINKE
<ul style="list-style-type: none"> • entscheidend ist nicht Masse, sondern ob deutsche Rüstungsexportgüter rechtswidrig sind oder nicht und ob sie zur Unterdrückung der Bevölkerung oder Versorgung von Bürgerkriegsparteien eingesetzt werden • Rüstungsindustrie in Deutschland, die auch in einigen Bereichen die Technologieführerschaft innehat, ist notwendig • 71 % des Rüstungsexports (2010) geht an Verbündete • gemessen am Gesamtexport betragen deutsche Rüstungsexporte 0,2 Prozent (2010) und liegen damit unter den Jahren 2005 und 1999, sie sind damit nicht als stark ansteigend zu bezeichnen • Transparenz im Rüstungsexport ist wichtig • hinsichtlich der Bewertung der Situation in den Drittländern schlagen wir Einrichtung einer Ethikkommission vor 	<ul style="list-style-type: none"> • bei Rüstungsexporten ist Enthemmung zu beklagen • Wachstum deutscher Rüstungsexporte widerspricht Förderung von kollektiver Sicherheit, des Friedens und der Entwicklung • Teil der Exporte geht in Länder, die Kriterien des EU-Verhaltenskodex nicht erfüllen (z. B. an 48 Länder mit bedenklicher Menschenrechtssituation), das widerspricht dem Gebot einer weitsichtigen Sicherheits- und Friedenspolitik • Kriterium der Entwicklungsverträglichkeit muss auch auf Mitgliedsländer von EU und NATO angewandt werden (z. B. U-Boote an Griechenland) • Demokratie-Skandal: Kein Bereich deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist so sehr der parlamentarischen Kontrolle entzogen wie die Rüstungsexportpolitik 	<ul style="list-style-type: none"> • alle Bundesregierungen aus SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU haben immer mehr und mehr Rüstungsexporte ins Ausland genehmigt • deutsche Waffen landen auch unkontrolliert in Kriegsgebieten • es ist eine Legende, dass Waffenexporte in Deutschland streng kontrolliert werden • alle Rüstungsexporte müssen gestoppt werden • die Rüstungsindustrie muss auf friedliche Produktion umgestellt werden

Juni 2012: An Saudi-Arabien soll eine große Anzahl Leopard-Panzer geliefert werden, obwohl das Land kein EU- oder NATO-Staat ist, nicht demokratisch regiert wird und Menschenrechtsverletzungen begeht. **Wären Sie Mitglied im Bundessicherheitsrat - hätten Sie der**

Ausfuhrgenehmigung nach Saudi-Arabien zugestimmt?

CDU	SPD	LINKE
<ul style="list-style-type: none"> • Nein – da diese in innerstaatlichen Krisen missbraucht oder zur Aufstandsbekämpfung in angrenzenden Staaten eingesetzt werden könnten • mehr Transparenz beim Export von Großgerät nötig, denn sie würde zu öffentlichem Diskurs zwingen • parlamentarische Kontrolle ist nicht erforderlich, wenn genügend Transparenz hergestellt wird 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Abstand von Geschäften, die auf Kosten der Menschlichkeit gehen, wichtig (z. B. wenn sie zur Niederschlagung von Demokratiebewegungen eingesetzt werden) • ist explizit gegen das geheime Verfahren im Bundessicherheitsrat und fordert ein Höchstmaß an Transparenz bei staatlich genehmigten Waffenexporten – nur dadurch wird klar, wer die Verantwortung für Fehlentscheidungen trägt 	<ul style="list-style-type: none"> • ist gegen jeglichen Export von Rüstungsgütern – gilt auch für Lieferung von Sturmgewehrfabriken nach Saudi-Arabien und die Ausbildung saudischer Grenzpolizisten durch deutsche Polizisten • Lobbyisten der Rüstungsindustrie und Parteispenden beeinflussen Entscheidungen im Bundestag – daher müssen Parteispenden von Unternehmen verboten werden.

Juli/August 2012:Die Entscheidungen des Bundssicherheitsrates über Rüstungsexporte unterliegen der Geheimhaltung.
Wie wollen Sie die bisherigen Entscheidungsstrukturen und -wege demokratisieren?

CDU	SPD	Grüne	LINKE	Piraten
<ul style="list-style-type: none"> durch mehr Transparenz Rüstungsexporte sollten vor ihrer Genehmigung bekannt gemacht werden, damit im Bundestag ein entsprechender Diskurs einsetzen kann umfassende parlamentarische Kontrolle in Form einer Zustimmung durch den Bundestag über jeden einzelnen Exportantrag unpraktikabel und widersprüche auch Art. 26 II GG, wonach die Bundesregierung die Genehmigung erteilt 	<ul style="list-style-type: none"> fordert mehr Transparenz und Kontrollmöglichkeiten für den Deutschen Bundestag fordert, Rüstungsexportbericht zeitnah zu veröffentlichen fordert Regelung, die u. a. festlegt, wer, was und wohin exportieren darf und was in den Empfängerstaaten mit den exportierten Rüstungsgütern passieren darf fordert Verbot von Lizenzen zur Produktion von Waffen an Drittstaaten, die den Endverbleib nicht zweifelsfrei dokumentieren können 	<ul style="list-style-type: none"> fordert Transparenz bei Rüstungsexporten und kürzere Fristen für die Veröffentlichung der Genehmigungen von Rüstungsexporten die Geheimhaltung von Entscheidungen über Rüstungsexporte ist abzuschaffen Übernahme der Rüstungsexportkontrollen durch den Bundestag bei sensiblen Genehmigungen 	<ul style="list-style-type: none"> möchte ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten solange es das nicht gibt, fordert DIE LINKE, mehr Transparenz Veröffentlichung aller Rüstungsexporte vor ihrer Genehmigung 	<ul style="list-style-type: none"> verweisen auf den Programmparteitag 2013; Antrag kann eingesehen werden unter: https://lqfb.piratenpartei.de/pp/initiative/show/3519.html Partizipation der Nicht-Mitglieder an der Willensbildung ist möglich über die Untergruppe Verteidigung der AG Außenpolitik: http://wiki.piratenpartei.de

September 2012: Mit den Sturmgewehren G3 und G36 und den Maschinenpistolen MP5 und MP7 aus deutscher Produktion werden weltweit massenhaft Menschen getötet. **Unterstützt Ihre Partei Initiativen zu einem Exportverbot für Kleinwaffen? Auf welche Länder und wie sollten Lizenzvergaben beschränkt werden?**

CDU	SPD	Grüne
<ul style="list-style-type: none"> Vergabe von Lizenzen und Export von Kleinwaffen sollen entsprechend der geltenden Rüstungsexportbestimmungen stattfinden die Exportgenehmigungen müssen transparenter werden, damit Parlament Kontrollfunktion wahrnehmen kann Lieferungen an Drittstaaten sowie Lizenzvergaben sind zu prüfen, dabei muss sichergestellt werden, dass Waffen nicht in Krisengebiete geliefert werden um Weiterverkauf von Waffen zu verhindern, sollen vorgesehene 	<p>Die Schritte zur Lösung liegen in</p> <ul style="list-style-type: none"> weitreichenden Kontrollmöglichkeiten für das Parlament; dem Abschluss eines wirkungsvollen UN-Waffenhandelsvertrags auch für Klein- und Leichtwaffen mit der dazugehörigen Munition und mit detaillierter Berichtspflicht über Waffenexporte (ist am 2.4.2013 in der UNO durch den Arms Trade Treaty (ATT) erfolgt, der jetzt durch die Mitgliedsländer ratifiziert werden muss); der Einhaltung der „Goldenen Regel“: keine Exporte bei Missachtung der Menschenrechte 	<p>Man braucht klare gesetzliche Regelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ein grundsätzliches Verbot des Exports von Kleinwaffen, Munition und diesbezüglicher Technologie sowie von Herstellungsanlagen in Drittstaaten (Ausnahme ist die Ausstattung von UNO-Kontingenten) Bündnispartnern muss verboten werden, deutsche

<p>Endnutzungsvereinbarungen wirksam überprüft werden – z. B. durch das Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr (ZVBw).</p>	<p>beim Empfängerstaat sowie bei Nachteilen für dessen sozial-ökonomische Entwicklung</p>	<p>Rüstungsgüter zu reexportieren, freigesetzte Überschusswaffen müssen von ihnen vernichtet werden</p>
<p>Oktober 2012: Deutsche Kleinwaffenproduzenten verdienen am hunderttausendfachen Tod von Menschen in der ganzen Welt, allen voran Heckler & Koch. Unter welchen Umständen würde Ihre Partei Heckler & Koch die Produktionsgenehmigung für Waffen entziehen? Wie sollten Anreize für Kleinwaffenproduzenten zur Konversion aussehen?</p>		
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>	<p>Grüne</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Entzug der Produktionsgenehmigung für Waffen nur dann, wenn <ul style="list-style-type: none"> – nachweislich gegen geltende Rüstungsexportbestimmungen verstoßen würde; – die Produkte wegen Qualitätsmängeln die Sicherheit unserer Soldaten gefährden • ein genereller Entzug der Produktionsgenehmigung hieße, dass Deutschland <ul style="list-style-type: none"> – die Technologieführerschaft verlieren würde, – Waffen importieren müsste <p>= Diese Vorstellungen wären abwegig.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die zunehmende Privatisierung im Bereich von militärischen und sicherheitspolitischen Gütern und Leistungen erfordert eine verstärkte Kontrolle der hieran beteiligten Unternehmen, um Verstöße und Rechtsbrüche zu verhindern. Dies soll geschehen durch: <ul style="list-style-type: none"> - Registrierungs- und Mitteilungspflicht für in Deutschland ansässige Unternehmen; - Einbindung dieser Unternehmen in die Systematik der Rüstungsexportkontrollen. • Ein Entzug von Produktionsgenehmigungen für Waffen ist mittels politischer Maßnahmen nicht möglich. 	<ul style="list-style-type: none"> • Entzug nur, wenn massive Gesetzesverstöße vorliegen, ansonsten bleibt nur die Herstellung von Transparenz und die Verschärfung der Exportrichtlinien • eine parlamentarische Untersuchung zur Kleinwaffenexportpolitik ist überfällig, um Licht ins Dunkel zu bringen und politischen Druck aufzubauen • deutsche Sicherheitskräfte können nicht auf Kleinwaffen verzichten • die Möglichkeit der Konversion ist nur von Insidern seriös zu beurteilen
<p>November 2012: Bei der diesjährigen Delegiertenversammlung von pax christi hat die Bistumsstelle Münster den Antrag gestellt, das Präsidium der deutschen Sektion möge die Bundesregierung drängen, dass bei Besuchen der Bundeskanzlerin und der Bundesminister im Ausland keinerlei Vertreter der Rüstungsindustrie mehr mitreisen. Was würden Sie von einem solchen Ausschluss von Vertretern der Rüstungsindustrie bei Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern halten?</p>		
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>	<p>Grüne</p>
<ul style="list-style-type: none"> • ein pauschaler und allgemeiner Ausschluss kann nicht befürwortet werden; es ist zu unterscheiden: <ul style="list-style-type: none"> – Handelt es sich um EU- oder Partnerländer? – Handelt es sich um Länder, in die man keine Rüstungsgüter liefern möchte? – Geht es um reine Waffenlieferungen oder um Dual-Use-Technologien? • eine breite und transparente Diskussion ist erforderlich 	<ul style="list-style-type: none"> • Begrüßung dieser Initiative von Pax Christi • Es wäre dringend anzuraten, von der Praxis der Reisebegleitung durch Rüstungsvertreter Abstand zu nehmen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Im Sinne einer kohärenten Friedens- und Sicherheitspolitik sollte durch Kabinettsbeschluss geregelt werden, dass für Vertreter von kommerziellen Rüstungsinteressen kein Platz bei Regierungsbesuchen in Drittstaaten ist.

<p>Dezember 2012 und Januar 2013: Von Beginn an hat sich die Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ für eine Klarstellung des Artikels 26 (2) des Grundgesetzes eingesetzt. Die Kampagne schlägt folgende Klarstellung des GG vor: „Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“ Unterstützen Sie eine solche Klarstellung im Geist der Verfasser des Grundgesetzes und im Sinne des allgemeinen Friedensgebots der Präambel des GG?</p>	
<p>CDU</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Nein! Begründung: <ul style="list-style-type: none"> – Die Interpretation der Präambel des Grundgesetzes in der dargelegten Fragestellung ignoriert den europäischen Bezug „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. – Deutsche Unternehmen müssen an Ausschreibungen anderer EU-Länder grundsätzlich teilnehmen können. – Es ist zu erwarten, dass es europäisch zu weiteren Rüstungskooperationen kommen wird. • Eine Beschränkung der Rüstungszusammenarbeit mit europäischen Partnern wird abgelehnt und damit auch die vorgeschlagene Grundgesetzänderung. 	
<p>Februar 2013: Im Jahr 2012 hat die Bundesregierung Waffenlieferungen an Israel getätigt. Wie beurteilen Sie diese Art der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Israel? Vorausgesetzt, dass die Informationen stimmen: Halten Sie solche Waffenlieferungen für genehmigungsfähig?</p>	
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Waffenexporte in Krisenregionen sollten restriktiv gehalten werden, dennoch sind die Waffenlieferungen an Israel unter der Voraussetzung gegebener politischer Zusagen (bzgl. Siedlungspolitik, Verbesserung der Lage der Palästinenser) genehmigungsfähig; Begründung: <ul style="list-style-type: none"> – historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel – Rüstungskooperation auf Gegenseitigkeit hat lange Tradition – Israel braucht als einzige Demokratie im Nahen Osten Unterstützung – keine automatische Konfliktverschärfung zu befürchten; – strategische Waffen (U-Boote) dienen der legitimen Abschreckung gegenüber dem Iran; – Waffenlieferungen tragen legitimem Sicherheitsbedürfnis und der Stabilität in der Region Rechnung 	<ul style="list-style-type: none"> • gegen eine solche Ausweitung der Rüstungsexporte nach Israel Begründung: <ul style="list-style-type: none"> – Israel ist Spannungsgebiet; – durch Waffenlieferungen wird nicht mehr Sicherheit geschaffen, sondern in Krisengebieten wird oft die Lage destabilisiert; – Waffen könnten zur Durchsetzung der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik gebraucht werden
<p>März 2013: Großbritannien, Frankreich und Italien beabsichtigen das gegenwärtige EU-Waffenembargo gegen Syrien zu verändern, um danach dem EU-Rat am 31.3. vorzuschlagen, militärische Ausrüstung an Gruppierungen zu liefern, die gegen Assad kämpfen. Am 18. Februar haben nun die EU-Außenminister in Brüssel beschlossen, das bestehende Waffenembargo um drei Monate zu verlängern. Welche Haltung nehmen Sie hinsichtlich einer möglichen Aufweichung des EU-Waffen-Embargos gegen Syrien ein? Was werden die Abgeordneten Ihrer Partei tun, wenn die Bundesregierung nach Ablauf der Frist von drei Monaten einer Aufhebung des Embargos doch zustimmen will?</p>	
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Waffenlieferungen sollten derzeit nicht erfolgen, sie würden den Rüstungsexportbestimmung (in Deutschland und der EU) 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Aufhebung des Waffenembargos ist abzulehnen; Begründung: <ul style="list-style-type: none"> – weiter Waffenlieferungen bedeuten Ausweitung und Verlängerung

<p>zuwiderlaufen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entscheidungen darüber wären von neuer Lagebeurteilung abhängig; - gemeinsames europäisches Vorgehen wünschenswert; - politische Lösung durch den Weltsicherheitsrat notwendig; - evtl. Intervention durch Blauhelme und humanitäre Hilfe würde durch Waffenlieferungen riskanter 	<p>des Konflikts sowie weitere Menschenrechtsverletzungen und Leid;</p> <ul style="list-style-type: none"> - es ist unkontrollierbar, an wen die Waffen gelangen, evtl. Dschihadisten; - Gefahr der Internationalisierung des Konflikts und einer Aufrüstungsspirale (Westeuropa – Russland) in Syrien
<p>April 2013: In der letzten Woche haben die UNO-Staaten mit überwältigender Mehrheit ein Waffenhandelsabkommen verabschiedet, das Waffenlieferungen verbietet, wenn diese "zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beitragen" (Zitat: Amnesty International). Wie kommentieren Sie den Beschluss? Welche Chancen, welche Probleme sehen Sie für die deutsche Politik?</p>	
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>
<ul style="list-style-type: none"> • begrüßt Beschluss und hofft auf eine baldige Ratifizierung durch Unterzeichnerstaaten • aber es besteht Handlungsbedarf bei der Verbesserung der Kooperation beim Transfer durch andere Länder und hinsichtlich der Endverbleibskontrolle (Deutschland hat Erfahrung und sollte andere Länder beraten) 	<ul style="list-style-type: none"> • der Beschluss ist ein Erfolg • aber er ist nur wirkungsvoll, wenn Staaten sich daran halten • Abkommen muss durch strengere Kontrollen von Waffenlieferungen ergänzt werden (in heute stabilen Ländern können die gelieferten Waffen später doch zu Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden)
<p>Mai 2013: Welche Gesetzesinitiativen wird Ihre Partei ergreifen, um mehr Transparenz für das Parlament und die Bürger/innen im Bereich Rüstungsexport zu schaffen? Welche weiteren Maßnahmen zur Beschränkung und Kontrolle des Waffenhandels sowie zur Rüstungskonversion wird Ihre Partei in den Bundestag einbringen?</p>	
<p>CDU</p>	<p>SPD</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Übertragung der Zuständigkeit für Exportgenehmigungen vom Wirtschafts- auf das Außenministerium; Beteiligung des Wirtschafts- und Verteidigungsministeriums sowie des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit • mehr Transparenz; frühzeitige Offenlegung der Anträge und Entscheidungen, evtl. quartalsweise • Einrichtung eines parlamentarischen Kontrollgremiums • Endnutzungsvereinbarungen; in Exportverträge müssen Verifikationsmöglichkeiten eingearbeitet werden 	<ul style="list-style-type: none"> • Rückkehr zu restriktiven Exportrichtlinien; • keine Exporte in Krisenregionen und an Staaten, die Menschenrechte verletzen; • gestuftes, angemessenes und praktikables Verfahren zur parlamentarischen Beteiligung; • Veröffentlichung der Rüstungsexportberichte spätestens drei Monate nach Ablauf des Kalenderjahres; • effektivere Gestaltung und Stärkung der Kontrollfunktion des Bundestages; • Berichterstattung auch über die Vergabe von Lizenzen; ebenfalls gesetzliche Regelung zu einer restriktiven Vergabe, d.h. keine Lizenzen an Drittstaaten ohne sicheren Endverbleib; • sofortige Ratifizierung des ATT-Abkommens; Unterstützung anderer Staaten beim Aufbau eines Kontrollsystems (auch finanziell)